

**VEREINTE  
NATIONEN**

Verteilung  
ALLGEMEIN

**Generalversammlung**

A/RES/51/242  
26. September 1997

---

Einundfünfzigste Tagung  
Tagesordnungspunkt 10

RESOLUTION DER GENERALVERSAMMLUNG

[ohne Überweisung an einen Hauptausschuß  
(A/51/L.78)]

**51/242. Ergänzung zur "Agenda für den Frieden"**

*Die Generalversammlung,*

*Kenntnis nehmend* von den Berichten des Generalsekretärs mit dem Titel "Agenda für den Frieden"<sup>1</sup> und "Ergänzung zur 'Agenda für den Frieden'"<sup>2</sup>,

*in Bekräftigung* ihrer Resolutionen 47/120 A vom 18. Dezember 1992 und 47/120 B vom 20. September 1993,

*sowie in Bekräftigung* anderer Resolutionen, die von der Generalversammlung zu verschiedenen Aspekten der "Agenda für den Frieden" und der "Ergänzung zur 'Agenda für den Frieden'" verabschiedet wurden,

---

<sup>1</sup>A/47/277-S/24111; siehe *Official Records of the Security Council, Forty-seventh Year, Supplement for April, May and June 1992*, Dokument S/24111.

<sup>2</sup>A/50/60-S/1995/1; siehe *Official Records of the Security Council, Fiftieth Year, Supplement for January, February and March 1995*, Dokument S/1995/1.

*Kenntnis nehmend* von der Erklärung, die der Präsident des Sicherheitsrats am 22. Februar 1995 zur "Ergänzung zur 'Agenda für den Frieden'" abgegeben hat<sup>3</sup>, sowie von den anderen Erklärungen des Präsidenten des Sicherheitsrats zur "Agenda für den Frieden",

*erinnernd* an die Auffassungen, die die Mitgliedstaaten seit der achtundvierzigsten Tagung der Generalversammlung zur "Agenda für den Frieden" und zu der "Ergänzung zur 'Agenda für den Frieden'" zum Ausdruck gebracht haben,

1. *verabschiedet* die in der Anlage zu dieser Resolution enthaltenen Texte über Koordinierung und die Frage der von den Vereinten Nationen verhängten Sanktionen;
2. *nimmt Kenntnis* von den Fortschritten, die auf den Gebieten der Friedenskonsolidierung in der Konfliktfolgezeit und der vorbeugenden Diplomatie und Friedensschaffung erzielt worden sind;
3. *ersucht* den Präsidenten der Generalversammlung, Konsultationen über die Möglichkeit zu führen, daß die Informelle, allen Mitgliedstaaten offenstehende Arbeitsgruppe über eine Agenda für den Frieden ihre Tätigkeit auf den Gebieten der Friedenskonsolidierung in der Konfliktfolgezeit und der vorbeugenden Diplomatie und Friedensschaffung auf der Grundlage der auf diesen Gebieten bereits geleisteten Arbeit und mit dem Ziel des Abschlusses ihrer Arbeit fortsetzt.

*107. Plenarsitzung  
15. September 1997*

## **ANLAGE I**

### **Koordinierung**

#### **I. KOORDINIERUNG ZWISCHEN DEN VEREINTEN NATIONEN UND DEN MITGLIEDSTAATEN**

1. Die Staaten, die den Vereinten Nationen als Mitglieder angehören, haben bei der Verhütung und Beilegung von Konflikten eine zentrale Rolle zu spielen, so auch indem sie sich im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen an den Bemühungen der Vereinten Nationen in dieser Hinsicht beteiligen und sie unterstützen. Die Generalversammlung unterstreicht die Notwendigkeit, die Rolle der Versammlung bei der Verbesserung der Koordinierung im Einklang mit ihren Aufgaben und Verantwortlichkeiten nach der Charta zu stärken. Die Regierungen sind für die Finanzierung und Bereitstellung von Personal, Ausrüstung und sonstiger Unterstützung für diejenigen Aktivitäten verantwortlich, die die Vereinten Nationen auftragsgemäß zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit durchführen, sei es im Rahmen der vorbeugenden Diplomatie, der Friedensschaffung, der Friedenssicherung oder der Friedenskonsolidierung. Es ist somit von grundlegender

---

<sup>3</sup>Official Records of the Security Council, Fiftieth Year, Resolutions and Decisions of the Security Council, 1995, Dokument S/PRST/1995/9.

Wichtigkeit, daß die Vereinten Nationen und die Mitgliedstaaten ihre Bemühungen untereinander koordinieren und Informationen miteinander austauschen.

2. Transparenz, Kommunikation und Konsultationen zwischen den Vereinten Nationen und den Mitgliedstaaten sind unverzichtbar für die Koordinierung der Beschlüsse und Aktivitäten nach der Charta zur Wahrung und Festigung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit. Die Regierungen sollten dafür sorgen, daß die von ihnen gegenüber den verschiedenen Teilen und Organisationen des Systems der Vereinten Nationen verfolgte Politik kohärent ist und diesen Zielsetzungen entspricht, während die Vereinten Nationen dafür sorgen müssen, daß ihre Aktivitäten mit den Zielen und Grundsätzen der Charta übereinstimmen und daß die Staaten über die Bemühungen der Vereinten Nationen voll unterrichtet sind und sie unterstützen.

3. Im Hinblick auf größere Transparenz und eine bessere Koordinierung zwischen den Vereinten Nationen und den Mitgliedstaaten ist es unabdingbar, geeignete Vorkehrungen für regelmäßige und rechtzeitige Konsultationen zwischen den Mitgliedern des Sicherheitsrats, mit Unterstützung des Sekretariats, und denjenigen Staaten, die Truppen für Friedenssicherungseinsätze bereitstellen, sowie künftigen truppenstellenden Staaten zu treffen. Diese Konsultationen bieten den truppenstellenden Staaten eine Möglichkeit, Verbindung aufzunehmen und sich dessen zu versichern, daß ihre Auffassungen berücksichtigt werden, bevor der Rat Beschlüsse faßt. Die Generalversammlung begrüßt die Einrichtung dieses Konsultationsmechanismus, der fortlaufend geprüft werden sollte, mit dem Ziel, ihn weiter zu verbessern, damit die Friedenseinsätze noch mehr Unterstützung finden und ihre Wirksamkeit erhöht wird. In diesem Zusammenhang unterstreicht die Versammlung, wie wichtig es ist, daß die im Sonderausschuß für Friedenssicherungseinsätze vereinbarten Grundsätze, die sich die Versammlung einstimmig zu eigen gemacht hat, eingehalten werden.

4. Zu den möglichen Formen der Koordinierung zwischen den Vereinten Nationen und den Mitgliedstaaten gehört auch die Unterstützung und Hilfe, die der Generalsekretär im Hinblick auf seine Bemühungen um die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit von seiten einzelner Staaten oder ad hoc gebildeter informeller Gruppen von Mitgliedstaaten erhält. Wann immer dies angezeigt ist, kann auf im Rahmen der Charta tätige Gruppen wie die "Freunde des Generalsekretärs" zurückgegriffen werden, die dem Generalsekretär bei seinen Bemühungen um die Erfüllung des ihm von den zuständigen Organen der Vereinten Nationen übertragenen Auftrags als ein wertvolles Werkzeug dienen können. Mit dem betreffenden Staat oder den betreffenden Staaten sollten Kontakte unterhalten werden, und es sollte darauf geachtet werden, daß die anderen Mitgliedstaaten entsprechend unterrichtet werden und im Verhältnis zu ihnen Transparenz besteht sowie daß Doppelarbeit und Überlappungen vermieden werden.

## II. KOORDINIERUNG IM SYSTEM DER VEREINTEN NATIONEN

5. Was die Verbesserung der Kapazität der Vereinten Nationen zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit, insbesondere zur Verhütung und Beilegung von Konflikten, betrifft, unterstreicht die Generalversammlung die Notwendigkeit einer integrierten Vorgehensweise auf den verschiedenen Ebenen des Systems der Vereinten

Nationen bei der alle Aspekte berücksichtigenden Prüfung, Planung und Durchführung von Friedensaktivitäten während aller Stadien eines potentiellen oder tatsächlichen Konflikts bis hin zur Friedenskonsolidierung in der Konfliktfolgezeit. Bei der Koordinierung dieser Aktivitäten sind die unterschiedlichen Mandate und Aufgaben der verschiedenen beteiligten Organisationseinheiten der Vereinten Nationen sowie ihre Unparteilichkeit zu beachten. In der Erwägung, daß Maßnahmen zur Herbeiführung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Welt fruchtlos bleiben werden, wenn nicht den wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnissen der Menschen Rechnung getragen wird, unterstreicht die Versammlung außerdem die Notwendigkeit einer verstärkten Koordinierung mit den für Entwicklungstätigkeiten zuständigen Hauptabteilungen, Organisationen und Organen, damit die Wirksamkeit und Effizienz des Entwicklungssystems der Vereinten Nationen verbessert wird.

#### *A. Koordinierung im Sekretariat der Vereinten Nationen*

6. Im Sekretariat in New York bedarf es der Koordinierung zwischen allen Hauptabteilungen, die sich mit der Friedensschaffung befassen und an möglicherweise multifunktionalen Friedenskonsolidierungstätigkeiten und Friedenssicherungseinsätzen beteiligt sind, damit sie unter der Aufsicht des Generalsekretärs als geschlossenes Ganzes funktionieren. Die Generalversammlung vermerkt, daß der Generalsekretär für jeden größeren Konflikt, in dem die Vereinten Nationen eine friedensschaffende oder friedensichernde Rolle spielen, die diesbezügliche Hauptverantwortung der Arbeitsgruppe für die Einsätze der Vereinten Nationen und, was die operativen Aspekte angeht, dienststellenübergreifenden Gruppen übertragen hat. Die Versammlung begrüßt diese Maßnahmen zur Verstärkung der Koordinierung und unterstreicht die Notwendigkeit einer transparenten Vorgehensweise. Unter anderem sollten Anstrengungen unternommen werden, um das Zusammenwirken zwischen operativen Einheiten des Sekretariats weiter abzustimmen, mit dem Ziel, Doppelarbeit in ähnlichen Tätigkeitsbereichen zu vermeiden.

7. Die Generalversammlung nimmt Kenntnis von den Arbeiten, die im Kontext des Rahmen-Koordinierungsmechanismus durchgeführt werden, um sicherzustellen, daß die zuständigen Sekretariats-Dienststellen ihre jeweilige Tätigkeit bei der Planung und Abwicklung derartiger Einsätze durch den Austausch von Informationen sowie durch Konsultationen und gemeinsames Vorgehen koordinieren. Die Versammlung nimmt ferner davon Kenntnis, daß ein wichtiges Element des Rahmen-Koordinierungsmechanismus die Vorkehrung ist, daß die zuständigen Dienststellen und anderen Teile der Organisation auf Personalebene Konsultationen abhalten, um gemeinsame Analysen vorzunehmen und gemeinsame Empfehlungen abzugeben. Die Versammlung begrüßt die Einsetzung einer ständigen dienststellenübergreifenden Aufsichtsgruppe des Koordinierungsmechanismus, deren Aufgabe es sein wird, die Einleitung solcher Konsultationen zu unterstützen und zu gewährleisten, und befürwortet die Umsetzung, den weiteren Ausbau und die Verbesserung des Rahmen-Koordinierungsmechanismus.

#### *B. Koordinierung innerhalb des gesamten Systems der Vereinten Nationen*

8. Die mit der Friedensschaffung sowie mit möglicherweise multifunktionalen Friedenskonsolidierungstätigkeiten und Friedenssicherungseinsätzen verbundenen

Verantwortlichkeiten übersteigen die Kompetenz und den Erfahrungsschatz der einzelnen Hauptabteilungen, Programme, Fonds, Büros oder Organisationen der Vereinten Nationen. Kurz- und langfristige Programme müssen auf koordinierte Weise geplant und durchgeführt werden, wenn sie zur Konsolidierung des Friedens und der Entwicklung beitragen sollen. Es bedarf somit der Koordinierung innerhalb des gesamten Systems der Vereinten Nationen sowie zwischen dem Amtssitz der Vereinten Nationen und den Sitzen der Fonds, Programme, Büros und Organisationen der Vereinten Nationen. Was dies betrifft, spricht sich die Generalversammlung für eine bessere Koordinierung der Bemühungen aus, beispielsweise für die Einführung von Verfahren zur Koordinierung zwischen den Vereinten Nationen und anderen beteiligten Organisationen, mit dem Ziel, Maßnahmen zu erleichtern und zu koordinieren, die zur Verhütung von Konflikten sowie zum Übergang von der Friedenssicherung zur Friedenskonsolidierung beitragen. Die Versammlung spricht sich außerdem dafür aus, daß Vertreter des Sekretariats der Vereinten Nationen und anderer in Betracht kommender Organisationen und Programme der Vereinten Nationen sowie der Bretton-Woods-Institutionen zusammentreffen und gemeinsam Regelungen erarbeiten, die sicherstellen, daß bei der Gewährung von Hilfe zum Aufbau von Institutionen und zur Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung koordiniert vorgegangen und stärker zusammengearbeitet wird. Letztlich sollte ein Netzwerk für die Programmkoordination aufgebaut werden, an das das System der Vereinten Nationen, bilaterale Geber und nach Bedarf nichtstaatliche Organisationen sowohl am Amtssitz als auch in den Regionalbüros und Felddienststellen angeschlossen sind.

9. Die Generalversammlung begrüßt die Anstrengungen des Generalsekretärs um die Erhöhung der Wirksamkeit des Verwaltungsausschusses für Koordinierung, in dem in regelmäßigen Abständen die Leiter der Sonderorganisationen zusammentreten, um eine bessere Koordinierung der Tätigkeiten der verschiedenen Organe der Vereinten Nationen herbeizuführen, so auch mit dem Ziel der Konsolidierung von Frieden und Sicherheit. Die Versammlung unterstützt außerdem die Rolle, die der Ständige interinstitutionelle Ausschuß dabei spielt, eine koordinierte und rechtzeitige Reaktion auf den in komplexen Notsituationen entstehenden humanitären Bedarf zu gewährleisten.

### *C. Koordinierung im Feld*

10. Die Generalversammlung stellt fest, daß der Aufbau und die Verwaltung von Feldeinsätzen der Vereinten Nationen sich je nach den politischen, sicherheitspolitischen und humanitären Dimensionen einer Krise von Land zu Land beträchtlich unterscheiden. In manchen Fällen, so auch wenn der Sicherheitsrat einen Friedenssicherungseinsatz genehmigt hat, ernennt der Generalsekretär einen Sonderbeauftragten. Der unter der operativen Führung des Generalsekretärs tätige Sonderbeauftragte übt in dessen Namen eine genau umgrenzte Aufsicht über sämtliche Anteile der Mission aus. Im Hinblick auf die Stärkung der Kohäsion und der wirksamen Führung des militärischen Anteils multifunktionaler Friedenssicherungseinsätze, der den zentralen und wesentlichen Bestandteil eines solchen Einsatzes darstellt, betont die Versammlung die Notwendigkeit der Schaffung und Achtung klarer militärischer Befehlswege sowie offener Kommunikationswege und des Austauschs von Informationen zwischen dem Feld und dem Amtssitz der Vereinten Nationen wie auch koordinierter Anweisungen des Amtssitzes der Vereinten Nationen an das Feld. Die Versam-

mlung unterstreicht die Notwendigkeit, sich an die Mandate der Vereinten Nationen zu halten und die operative Führung der Vereinten Nationen und die Einheit der Einsatzführung bei den Friedenseinsätzen der Vereinten Nationen zu achten. Bei Friedenssicherungseinsätzen mit humanitären Elementen kann ein humanitärer Koordinator ernannt werden, der unter der Gesamtaufsicht des Sonderbeauftragten des Generalsekretärs im Feld tätig ist. Nach Auffassung der Versammlung ist es unerlässlich, daß alle im Feld tätigen Organisationen und Programme voll mit dem Sonderbeauftragten zusammenarbeiten, und sie unterstützt die diesbezüglichen Anstrengungen des Generalsekretärs. Die Versammlung vermerkt, daß der residierende Koordinator der Vereinten Nationen eine wichtige Rolle bei der Koordinierung der Tätigkeit der Vereinten Nationen zur Konsolidierung des Friedens in der Konfliktfolgezeit wahrnehmen kann. Desgleichen verweist die Versammlung auf die Möglichkeit, einen Sonderkoordinator der Vereinten Nationen zu ernennen, wenn während der Übergangszeit zum Frieden zahlreiche Organisationen und Programme im Feld tätig sind, auch wenn es sich nicht um einen Friedenssicherungseinsatz handelt.

### III. ZUSAMMENARBEIT MIT REGIONALEN ABMACHUNGEN ODER EINRICHTUNGEN

11. Zur Frage der Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und regionalen Abmachungen oder Einrichtungen betont die Generalversammlung, daß die jeweiligen Aufgaben und Verantwortlichkeiten unter voller Achtung der Bestimmungen des Kapitels VIII der Charta, der entsprechenden Beschlüsse des Sicherheitsrats und der Generalversammlung sowie der jeweiligen Mandate der regionalen Abmachungen oder Einrichtungen und der von der Generalversammlung in ihrer Resolution 49/57 vom 9. Dezember 1994 gebilligten Erklärung über die Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und regionalen Abmachungen oder Einrichtungen bei der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit wahrgenommen werden sollten.

12. Die Generalversammlung vertritt die Auffassung, daß sich die praktische Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und den regionalen Abmachungen und Einrichtungen, namentlich auch die Anerkennung der Vielfalt ihrer Mandate, ihres Aufgabenbereichs und ihrer Zusammensetzung, weiterentwickelt hat und auf verschiedene Weise, so auch durch Konsultationen im Rahmen von Kontakten auf Arbeitsebene und Tagungen auf hoher Ebene, diplomatische und operative Unterstützung, den Austausch von Personal, gemeinsame Einsätze und Kooperationsvorhaben, weiter ausgebaut werden kann. Die Versammlung nimmt Kenntnis von den Vorschlägen zu Afrika, die der Generalsekretär in seinem Bericht über die Verbesserung der Bereitschaft für Konfliktverhütung und Friedenssicherung in Afrika<sup>4</sup> unterbreitet hat, und ermutigt ihn, darüber mit der Organisation der afrikanischen Einheit Konsultationen zu führen.

13. Unter Hinweis auf ihre Resolution 49/57 nimmt die Generalversammlung außerdem Kenntnis von den vom Generalsekretär benannten Grundsätzen, auf denen die Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und regionalen Abmachungen oder Einrichtungen beruhen sollte, namentlich dem in der Charta festgelegten Primat der Vereinten Nationen,

---

<sup>4</sup>A/50/711-S/1995/911; siehe *Official Records of the Security Council, Fiftieth Year, Supplement for October, November and December 1995*, Dokument S/1995/911.

einer abgegrenzten, einvernehmlich festgelegten Arbeitsteilung und einer kohärenten Haltung der Mitglieder der regionalen Abmachungen oder Einrichtungen. Die Versammlung hält es für wichtig, daß diese Grundsätze in Zusammenarbeit mit den regionalen Abmachungen oder Einrichtungen weiterentwickelt werden. Außerdem stimmt die Versammlung mit dem Generalsekretär darin überein, daß in Anbetracht der Unterschiedlichkeit der regionalen Abmachungen oder Einrichtungen die Schaffung eines allgemeingültigen Modells für ihre Beziehungen zu den Vereinten Nationen nicht angezeigt wäre.

14. Die Generalversammlung nimmt Kenntnis von den Begegnungen mit regionalen Abmachungen oder Einrichtungen, die der Generalsekretär organisiert und veranstaltet hat, zuletzt im Februar 1996, und tritt dafür ein, daß dies fortgesetzt und zu einer regelmäßigen Veranstaltung ausgebaut wird. Die Versammlung betont, daß es wichtig ist, daß sie über solche Begegnungen unterrichtet wird.

#### IV. ZUSAMMENARBEIT UND DIALOG ZWISCHEN DEN VEREINTEN NATIONEN UND NICHTSTAATLICHEN ORGANISATIONEN

15. Die nichtstaatlichen Organisationen können eine wichtige Rolle dabei spielen, die Tätigkeit der Vereinten Nationen zu unterstützen. Eine entsprechende Zusammenarbeit und ein entsprechender Dialog zwischen dem System der Vereinten Nationen und den nichtstaatlichen Organisationen können mit dazu beitragen, daß die Bemühungen dieser Organisationen mit der Tätigkeit und den Zielen der Vereinten Nationen im Einklang stehen und gut koordiniert werden. Eine solche Koordinierung sollte weder der Unparteilichkeit der Vereinten Nationen noch dem nichtstaatlichen Charakter der betreffenden Organisationen abträglich sein.

## ANLAGE II

### **Die Frage der von den Vereinten Nationen verhängten Sanktionen**

1. Ein vom Sicherheitsrat verhängtes und wirksam durchgeführtes Regime kollektiver Sanktionen kann ein nützliches Instrument der internationalen Politik für die abgestufte Reaktion auf Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit sein. Als Maßnahmen des Sicherheitsrats nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen sind Sanktionen eine Angelegenheit von außerordentlichem Ernst und Gewicht. Auf Sanktionen sollte nur mit größter Vorsicht zurückgegriffen werden, wenn die anderen in der Charta vorgesehenen friedlichen Möglichkeiten nicht ausreichen. Der Rat sollte die kurz- und langfristigen Auswirkungen von Sanktionen so sorgfältig wie möglich abwägen, unter gebührender Berücksichtigung dessen, daß er in manchen Fällen rasch handeln muß.

2. Sanktionen sollten in strikter Übereinstimmung mit der Charta verhängt werden, mit einer klaren Zielsetzung, Vorkehrungen für eine regelmäßige Überprüfung und genauen Bedingungen für ihre Aufhebung. Sie sind nach den Bestimmungen der anwendbaren Resolutionen des Sicherheitsrats zu vollziehen. In diesem Zusammenhang muß der Rat im Einklang mit Artikel 24 Absatz 2 der Charta handeln. Gleichzeitig muß anerkannt werden, daß der Rat befugt ist, im objektiven Interesse der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit rasch zu handeln.

3. Der Sicherheitsrat ist befugt, die Dauer von Sanktionen festzulegen. Diese Frage ist von größter Wichtigkeit und sollte unter Berücksichtigung des Ziels, bei der mit Sanktionen belegten Partei eine Verhaltensänderung herbeizuführen, ohne der Zivilbevölkerung unnötiges Leid zuzufügen, ernsthaft geprüft werden. Der Rat sollte die Dauer von Sanktionsmaßnahmen unter Berücksichtigung dieser Überlegungen festlegen.

4. Während es notwendig ist, die Wirksamkeit von Sanktionen aufrechtzuerhalten, die im Einklang mit der Charta verhängt worden sind, sollten unbeabsichtigte nachteilige Nebenwirkungen auf die Zivilbevölkerung auf ein Mindestmaß beschränkt werden, indem in den Resolutionen des Sicherheitsrats geeignete humanitäre Ausnahmeregelungen vorgesehen werden. Bei der Verhängung von Sanktionen muß auch für die Schaffung geeigneter Voraussetzungen gesorgt werden, die es gestatten, die Zivilbevölkerung ausreichend mit humanitären Gütern zu versorgen.

5. Der Zweck von Sanktionen ist es, bei einer den Weltfrieden und die internationale Sicherheit bedrohenden Partei eine Verhaltensänderung herbeizuführen, und nicht sie zu bestrafen oder in sonstiger Weise Vergeltung an ihr zu üben. Sanktionsregelungen sollten diesen Zielsetzungen entsprechen.

6. Bei der Formulierung von Resolutionen des Sicherheitsrats, mit denen Sanktionen verhängt werden, ist Klarheit anzustreben. Es sollte genau festgelegt werden, welche Schritte von dem sanktionierten Land unternommen werden müssen, damit die Sanktionen aufgehoben werden.

7. Bevor die Sanktionen angewendet werden, könnte gegenüber dem sanktionierten Land oder der sanktionierten Partei eine unmißverständlich formulierte, klare Warnung ausgesprochen werden.

8. Der Sicherheitsrat könnte auch vorsehen, Sanktionen zu verhängen, die teilweise aufgehoben werden können, falls das sanktionierte Land oder die sanktionierte Partei Forderungen nachkommt, die zuvor in entsprechenden Resolutionen festgelegt worden sind. Außerdem könnte er die Möglichkeit erwägen, eine ganze Reihe von Sanktionen zu verhängen und diese in dem Maße, in dem jedes Ziel erreicht wird, schrittweise aufzuheben.

9. Sanktionen sind von allen Staaten nach Treu und Glauben und einheitlich anzuwenden. Verstöße sind den Mitgliedern der Vereinten Nationen auf geeignetem Wege zur Kenntnis zu bringen.

10. In gleicher Weise, wie der Sicherheitsrat die Sanktionen in regelmäßigen Abständen überprüft, sollte er auch prüfen, ob sie von allen Staaten voll angewandt werden.

11. Es ist daran zu erinnern, daß die Überwachung und Einhaltung in erster Linie Aufgabe der einzelnen Mitgliedstaaten ist. Die Mitgliedstaaten sollten trachten, gegen die Sanktionsmaßnahmen verstoßende Tätigkeiten in ihrem Hoheitsbereich zu verhindern oder solche Verstöße zu beheben.



12. Die internationale Überwachung der Einhaltung von Sanktionsmaßnahmen durch den Sicherheitsrat oder durch eines seiner Nebenorgane im Einklang mit den entsprechenden Resolutionen des Sicherheitsrats kann zur Wirksamkeit der Sanktionen der Vereinten Nationen beitragen. Staaten, die bei der Durchführung und Überwachung von Sanktionen Unterstützung benötigen, können die Vereinten Nationen oder die entsprechenden Regionalorganisationen um Hilfe bitten.

13. Den Staaten sollte nahegelegt werden, beim Austausch von Informationen über die gesetzgeberische, administrative und praktische Umsetzung von Sanktionen zusammenzuarbeiten.

14. Sanktionen haben oft schwerwiegende nachteilige Auswirkungen auf die Entwicklungskapazität und die Entwicklungsaktivitäten der Sanktions-Zielländer. Es sollten auch weiterhin Anstrengungen unternommen werden, um die unbeabsichtigten Nebenwirkungen von Sanktionen auf ein Mindestmaß zu beschränken, insbesondere was die humanitäre Lage und die Entwicklungskapazität betrifft, die sich auf die humanitäre Lage auswirkt. In manchen Fällen mag die Anwendung von Sanktionen jedoch nicht mit bilateralen und multilateralen Entwicklungsprogrammen vereinbar sein.

15. Humanitäre Hilfe sollte unparteiisch und rasch gewährt werden. Es sollten Modalitäten vorgesehen werden, um das besondere Leid der schwächsten Bevölkerungsgruppen auf ein Mindestmaß zu beschränken, unter Berücksichtigung von Notsituationen, wie beispielsweise massiven Flüchtlingsströmen.

16. Um den humanitären Auswirkungen von Sanktionen zu begegnen, sollten in Betracht kommende internationale Finanzorganisationen und andere zwischenstaatliche und regionale Organisationen gebeten werden, zum Zeitpunkt der Verhängung der Sanktionen und in regelmäßigen Abständen während des Sanktionsvollzugs bei der Evaluierung des humanitären Bedarfs und der Probleme der mit Sanktionen belegten Länder behilflich zu sein. Die zuständige Sekretariats-Hauptabteilung könnte dabei eine koordinierende Rolle spielen.

17. Es sollten Leitlinien für die Formulierung der in Ziffer 4 genannten humanitären Ausnahmeregelungen ausgearbeitet werden, wobei zu berücksichtigen ist, daß sich die humanitären Bedürfnisse je nach dem Entwicklungsstand, den geographischen Gegebenheiten, den natürlichen Ressourcen und den sonstigen Merkmalen des Ziellandes unterscheiden können.

18. Nahrungsmittel, Medikamente und medizinische Versorgungsgüter sollten von den Sanktionsregelungen der Vereinten Nationen ausgenommen werden. Medizinische und landwirtschaftliche Grund- und Standardausrüstungen sowie Grund- und Standardlehrmittel sollten ebenfalls ausgenommen sein; zu diesem Zweck sollte eine Liste erstellt werden. Die zuständigen Organe der Vereinten Nationen, namentlich die Sanktionsausschüsse, sollten Ausnahmen für weitere lebenswichtige humanitäre Güter erwägen. In dieser Hinsicht wird anerkannt, daß Anstrengungen unternommen werden sollten, um den mit Sanktionen belegten Ländern den Zugang zu geeigneten Mitteln und Verfahren zur Finanzierung humanitärer Importe zu ermöglichen.

19. Die Arbeit der humanitären Organisationen der Vereinten Nationen sollte im Einklang mit den anwendbaren Resolutionen des Sicherheitsrats und den Leitlinien der Sanktionsausschüsse erleichtert werden.
20. Die Konzeption "humanitärer Grenzen von Sanktionen" verdient weitere Aufmerksamkeit, und die zuständigen Organe der Vereinten Nationen sollten einheitliche Kriterien ausarbeiten.
21. Das mit Sanktionen belegte Land sollte alles tun, um die gerechte Verteilung und Aufteilung der humanitären Hilfsgüter zu erleichtern.
22. In Anbetracht ihrer großen Bedeutung für zahlreiche Länder würden bestimmte Sanktionsregelungen es erfordern, daß der Sicherheitsrat der Generalversammlung Sonderberichte zur Behandlung vorlegt.
23. In seiner "Ergänzung zur 'Agenda für den Frieden'" hat der Generalsekretär festgestellt, daß es gilt, die durch Artikel 50 der Charta geweckten Erwartungen umgehend zu erfüllen. Er hat außerdem festgestellt, daß Sanktionen Maßnahmen sind, die kollektiv ergriffen werden, und daß die mit ihrer Anwendung verbundenen Kosten gleichermaßen von allen Mitgliedstaaten getragen werden sollten.
24. Der häufigere Rückgriff auf Sanktionen in jüngster Zeit hat in Drittländern wirtschaftliche Probleme verursacht. Wie wichtig dieses Thema ist, läßt sich daran ersehen, daß sich die Generalversammlung in den letzten Jahren sowohl konzeptionell als auch was konkrete Einzelfälle angeht intensiv damit beschäftigt hat.
25. In Anbetracht der Wichtigkeit der Resolutionen, die im Konsens verabschiedet werden, sollten sich der Sicherheitsrat, die Generalversammlung und andere zuständige Organe verstärkt darum bemühen, auf die besonderen wirtschaftlichen Probleme der von Sanktionsregelungen betroffenen Drittländer einzugehen. Außerdem sollten sie die Vorschläge berücksichtigen, die während der Aussprache in der Informellen, allen Mitgliedstaaten offenstehenden Arbeitsgruppe der Generalversammlung zur Agenda für den Frieden und in anderen zuständigen Organen zu dieser Frage unterbreitet wurden.
26. Eingedenk dessen, daß diese Frage im Sechsten Ausschuß eingehend erörtert wurde und daß diese Erörterungen während der zweiundfünfzigsten Tagung der Generalversammlung fortgesetzt werden, wird vereinbart, daß der Sechste Ausschuß diesen Aspekt während der genannten Tagung in geeigneter Form behandeln sollte.
27. Die Resolutionen des Sicherheitsrats sollten genauere Mandate für die Sanktionsausschüsse enthalten, namentlich einheitliche Kriterien, die von diesen Ausschüssen zu befolgen wären.
28. Die Mandate der Sanktionsausschüsse sollten so abgefaßt sein, daß sie praktisch erfüllt werden können.

29. Obgleich sich die Arbeitsweise der Sanktionsausschüsse im Anschluß an die Mitteilungen des Präsidenten des Sicherheitsrats vom 29. März 1995<sup>5</sup>, 31. Mai 1995<sup>6</sup> und 24. Januar 1996<sup>7</sup> verbessert hat und alle Ausschüsse bereits auf der Grundlage dieser Mitteilungen tätig sind, wird anerkannt, daß dieser Prozeß gefördert und weiter ausgebaut werden muß.

30. Die Sanktionsausschüsse sollten der Bearbeitung von Anträgen zur Lieferung humanitärer Güter für die Zivilbevölkerung Priorität einräumen. Diese Anträge sollten rasch erledigt werden.

31. Die Sanktionsausschüsse sollten den humanitären Problemen, die sich aus der Anwendung von Sanktionen ergeben könnten, Vorrang einräumen. Wann immer ihrer Auffassung nach in einem mit Sanktionen belegten Land ein humanitäres Problem zu entstehen droht, sollte dies dem Sicherheitsrat sofort zur Kenntnis gebracht werden. Um bestimmte humanitäre Probleme zu beheben, können die Ausschüsse Änderungen konkreter Sanktionsregelungen vorschlagen, damit umgehend Abhilfe geschaffen wird.

32. Wenn nach Auffassung des betreffenden Ausschusses ein Problem bei der Durchsetzung der Sanktionen entstanden ist, sollte er dies ebenfalls dem Sicherheitsrat zur Kenntnis bringen. Um bestimmte Probleme bei der Durchsetzung der Sanktionen zu beheben, können die Ausschüsse Änderungen konkreter Sanktionsregelungen vorschlagen, damit umgehend Abhilfe geschaffen wird.

33. Es sind weitere Verbesserungen im Hinblick auf die Arbeitsmethoden der Sanktionsausschüsse notwendig, um Transparenz, Fairneß und Wirksamkeit zu fördern und den Ausschüssen dabei behilflich zu sein, ihre Beratungen zu beschleunigen.

34. Zusätzlich zu den Maßnahmen, die in den genannten Mitteilungen des Präsidenten des Sicherheitsrats vorgesehen sind, könnten unter anderem auch die Entscheidungsverfahren der Sanktionsausschüsse verbessert werden und könnte den betroffenen Staaten die Möglichkeit eingeräumt werden, wirksamer von ihrem Recht Gebrauch zu machen, bei den Ausschüssen Einwendungen gegen deren Beschlüsse zu erheben.

35. Es sollten Verbesserungen des "Systems der Unterschriftsberechtigung" angestrebt werden, damit Verzögerungen bei der Genehmigung von Vorschlägen vermieden werden. Die Gründe für die Zurückstellung oder Ablehnung von Anträgen sollten dem Antragsteller unverzüglich mitgeteilt werden.

36. An der Praxis, auf nichtöffentlichen Sitzungen der Sanktionsausschüsse technische Vorträge von Organisationen anzuhören, die bei der Durchsetzung von Sanktionen des Sicherheitsrats behilflich sind, sollte weiter festgehalten werden, unter Beachtung der

---

<sup>5</sup>*Official Records of the Security Council, Fiftieth Year, Supplement for January, February and March 1995, Dokument S/1995/234.*

<sup>6</sup>*Ebd., Supplement for April, May and June 1995, Dokument S/1995/438.*

<sup>7</sup>*Ebd., Fifty-first Year, Supplement for January, February and March 1996, Dokument S/1996/54.*

bestehenden Verfahren dieser Ausschüsse. Die mit Sanktionen belegten oder von diesen betroffenen Länder sowie die interessierten Organisationen sollten besser in der Lage sein, von ihrem Recht, den Sanktionsausschüssen ihren Standpunkt zu erläutern oder vorzutragen, Gebrauch zu machen. Die Vorträge sollten sachverständig abgefaßt und umfassend sein.

37. Die Sekretariate der Sanktionsausschüsse sollten im Rahmen der vorhandenen Ressourcen angemessen mit Personal ausgestattet sein. Dies ist notwendig, um die Bearbeitung und Genehmigung von Anträgen zu beschleunigen.

38. Die Sanktionsausschüsse könnten die zur Verfügung stehenden Informationen analysieren, um festzustellen, ob die Regelungen wirksam durchgeführt werden. Sie könnten dem Sicherheitsrat ihre diesbezüglichen Schlußfolgerungen und gegebenenfalls Empfehlungen zur Kenntnis bringen.

39. Erläuternde Erklärungen und Beschlüsse der Sanktionsausschüsse sind ein wichtiger Beitrag zur einheitlichen Anwendung einer Sanktionsregelung. Diese Erklärungen und Beschlüsse müssen mit den Resolutionen des Sicherheitsrats sowie miteinander vereinbar sein.